

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis v. 21.—28. November: 40 Gold-Pfg. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr . . . zuzügl. Postbeleggeld. Einzelnummern 28500 000 M. Girokonto 50 b. d. Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Heberle u. Co. Wildbad. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 19174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum i. Bez. Grundr. 12 G. Jahrb. 15 einschl. Inf.-Steuer. Reklameweile 30 G. Schlüssel. 10000 Marken Rabatt nach Tarif. Für D. H. u. b. Auslandsverteilung werden jew. 1 Milliarde mehr berechnet. Schluss der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Kontofällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gad in Wildbad.

Nummer 277 Vermerk 176 Wildbad, Dienstag, den 27. November 1923 Vermerk 176 53 Jahrgang

Wer stellt den neuen Reichskanzler?

In der Geschichte des Deutschen Reichstags ereignete es sich zum erstenmal, daß eine Regierung durch die Verweigerung des Vertrauens in einer namentlichen Abstimmung gestürzt wurde. Ein denkwürdiger Vorfall. Das Kabinett Stresemann war erledigt. Der Reichstag fuhr in der Erledigung der Tagesordnung fort. „Gehört es zum Wesen des Parlamentarismus, daß er so milde macht?“ fragte einst der verjorbene Friedrich Naumann (in seinem Buch „Freiheitskämpfe“). Ist es erwiesen, was ein bedeutender Geschichtsschreiber schon lange vor dem Weltkrieg feststellte, daß die Völker über ihren Parlamentarismus hinauszukommen suchen, daß hier eine Art rückständiger Betrieb vorliegt, der nicht befriedigen kann, weil er hinter dem wechselvollen Spiel der Zeit herläuft?

Warum blüht der Deutsche, ob es ihm gut oder schlecht geht, immer wieder mit einem gewissen Reid auf den englischen Parlamentarismus? Die bessere Arbeit des englischen Parlaments beruht nach unserer Empfindung darin, daß es weniger Parteien aufweist. Weniger Parteien bedeutet vermehrte Sammlung der Arbeit. Am Ende aller parlamentarischen Wünsche steht das Zweiparteiensystem. Ein Parlament, das nur aus zwei großen Parteien besteht, hat ganz von selbst die Regierung in der Hand. Der führende Minister muß die Mehrheitspartei hinter sich haben, wenn er nicht schon ein Mann sein soll, dem nichts mehr glückt und der deshalb gehen muß. Die Opposition braucht keine geschlossene Mehrheit zu sein. In England, wo man sich jetzt den Luxus von Neuwahlen leistet, herrscht zurzeit nicht das unbedingte Zwei-Parteien-System. Aber wenn eine Regierung in England geht, weiß man ganz genau, wer kommen wird: Der Gegner, der es besser machen will!

Im deutschen Parlamentarismus hebt nach einem Kabinettssturz fast immer ein rötelloses Ängeln an. Die Opposition, die den Kanzler stürzte, war keine einheitliche Masse, kein Block, nicht einmal eine Koalition. Deutschnationale und Sozialdemokratie haben ihr Mißtrauen gegen Stresemann erklärt. Aber sie scheiden sich wie Feuer und Wasser. Die Sozialdemokratie zeigt wenig Reue, den Mittelpunkt einer neuen Regierung, etwa einer Wirtsh-Koalition, zu bilden, obwohl sie eigentlich die Krise herbeigeführt hat. Die Deutschnationalen denken über diese Fragen folgerichtiger. Sie sind bereit, den nächsten Reichskanzler zu stellen. Und wenn man ihnen den Vorwurf macht, daß ihr Wortführer Hergt bis jetzt auch nur ein Mißtrauensvotum, aber kein Programm auf den Tisch des Hauses legen konnte, so werden sie wahrheitsgemäß mit der Nachlieferung nicht im Verlegenheit kommen.

Die Schwierigkeiten liegen in der Zersplittertheit und Eifersucht der Parteien, in dem Fehlen der politischen Disziplin, wie gesagt, in dem Mangel eines wirklichen Parlaments-Systems in Deutschland. Dazu kommt noch ein kleiner Umstand, der beinahe wie eine Scherzfrage aussieht: Kann ein aus der Sozialdemokratie hervorgegangener Reichspräsident einen deutschnationalen Führer mit der Bildung der Regierung betrauen? Nach englischer Auffassung könnte er es ohne Gewissenskonflikte. Auch nach der Weimarer Verfassung steht der Reichspräsident über den Parteien. Aber der deutsche Parlamentarismus dürfte noch weit von solchem Reifezustand entfernt sein. Verfügt auch diesmal der parlamentarische Geist, so gibt es nur einen Ausweg und ein Zwischenstadium: Das Geschäftsministerium, ein Kabinett von Beamten. Die wahre Lösung ist es nicht.

Ein Geschäftsministerium

Kardorff tritt zurück — Albert berufen

Abgeordneter v. Kardorff, der am Samstag vormittag vom Reichspräsidenten den Auftrag erhalten hatte, die Kabinettsbildung vorzunehmen, besprach sich nachmittags mit den Führern der bürgerlichen Reichstagsfraktionen. Die Deutsche Volkspartei war nicht abgeneigt, unter der Bedingung, daß die Deutschnationale Volkspartei in dem Kabinett ebenfalls vertreten sei. Man soll sich nach dem „Hamb. Fremdenblatt“ dagegen ausgesprochen haben, daß der Reichskanzler der Deutschen Volkspartei entnommen werde. Dadurch sei die Übernahme des Kanzleramts durch Kardorff, der der Deutschen Volkspartei angehört, unmöglich geworden. Zentrum und Demokratie wären bereit gewesen, an einem Kabinett und Kardorff sich zu beteiligen; Arbeitsminister Brauns und Postminister Höfle (Ztr.) sowie der Reichswehrminister Gehler (Dem.) und der Ernährungsminister Graf Kanitz (parteilos) erklärten sich einverstanden, ihre Ämter zu behalten. Die Deutschnationale Volkspartei lehnte die Beteiligung an einem Kabinett Kardorff ab, erklärte sich jedoch bereit, von sich aus ein solches zu bilden, wenn sie vom Reichspräsidenten dazu berufen würde. Mit der Sozialdemokratie

hat Kardorff nicht verhandelt. Somit war der Versuch, eine bürgerliche Regierung zu bilden, gescheitert und Kardorff gab noch am Samstag abend dem Reichspräsidenten den Auftrag zurück.

Der Reichspräsident wandte sich nun an verschiedene Minister des letzten Kabinetts. Jarres (Minister des Innern) lehnte ab. Die Zentrumspartei verständigte den Präsidenten, daß der Reichskanzler unter keinen Umständen aus den Reihen des Zentrums gestellt werden könne. Dr. Brauns und Stegerwald, welche letzterer schon als Kandidat genannt worden war, kamen insofern nicht in Frage. Dr. Gehler verzichtete ebenfalls angesichts der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei. Die Sozialdemokratie verharrete in ihrer ablehnenden Haltung.

Damit schien auch die Bildung einer parlamentarischen Regierung überhaupt unmöglich geworden zu sein. Der Reichspräsident wandte sich jetzt an den früheren Reichsschatzminister im Kabinett Cuno, Albert, mit der Bitte, alle Bedenken zurückzusetzen und eine Regierung bewährter Männer zu bilden, die entschlossen sind, unter Zurückhaltung persönlicher und parteipolitischer Rücksichten ihre ganze Kraft für die Lebensnotwendigkeiten des Landes einzusetzen, nachdem die Bildung einer Koalitionsregierung auf ausreichender parlamentarischer Grundlage sich als unmöglich erwiesen habe. In der sich anschließenden Besprechung mit dem Präsidenten gab Albert seine Zusage, und es soll nun ein Geschäftsministerium geschaffen werden, für das Albert, wie ein Berliner Blatt meldet, auch Sozialdemokraten zu gewinnen hoffe. Dem früheren preussischen Finanzminister Südekum soll z. B. das Reichsfinanzministerium zugeordnet sein.

Heinrich Albert, geboren 1874, ging aus der juristischen Laufbahn hervor. 1910 war er deutscher Reichskommissar auf der Weltausstellung in Brüssel. Nach Ausbruch des Weltkriegs wurde er in besonderem Auftrag nach den Vereinigten Staaten geschickt, der aber mißlang. Wilson erklärte 1917 den Krieg. Nach der Revolution wurde Albert Vorsitzender des Verwertungsamts für freierwerbende Heeresgüter und wurde 1919 in die Reichskanzlei berufen, die er 1920 als Staatssekretär leitete. Im Kabinett Cuno übernahm er das Reichsschatzministerium.

Stimmen des Auslands

Paris, 26. Nov. Die Blätter nehmen die Meldung von der Berufung Alberts „nicht günstig“ auf. Seine Vergangenheit mache Frankreich zur Vorsicht. Durch seine Tätigkeit in Amerika habe er das Mißtrauen Wilsons erregt. (Albert hatte dort das Mißgeschick, eine Mappe mit wichtigen Aktenstücken zu verlieren, die von feindlicher Seite „gefunden“ und mit großem Eifer gegen Deutschland verwertet wurden. D. Schr.) Auch seine Amtsführung als Reichsschatzminister sei unglücklich gewesen usw.

Das Industrie-Abkommen

Völlige Unterwerfung

Die Verhandlungen zwischen der Sechser-Kommission des Bergbauischen Vereins und der französisch-belgischen Ingenieurkommission, die sich fast 7 Wochen hingezogen hatten, sind nunmehr abgeschlossen worden. Der Inhalt des Abkommens, dessen Wortlaut noch nicht vorliegt, ist nach amtlicher Mitteilung folgender:

Die Kohlenzehen liefern 18 Prozent ihrer Kohlenförderung ab. Außerdem müssen sie die seit der Besetzung des Ruhrgebiets an das Reich bereits abgeführte Kohlensteuer nochmals an die Besatzungsbehörden bezahlen. Für die Veranlagung dieser Steuer wird obendrein nicht die tatsächliche Förderung seit dem 11. Januar 1923, sondern eine willkürlich angenommene Förderung zu Grunde gelegt, und dazu werden noch 50 Prozent als Skraje für Nachzahlung aufgeschlagen. Im Weg von Verhandlungen ist die Befamizahlung für die rückständige Steuer auf 15 Millionen Dollar festgelegt. Ferner haben sich die Kohlenzehen, obwohl in Deutschland die Kohlensteuer inzwischen aufgehoben worden ist, zu einer Abgabe von 10 Francs für die Tonne der verkauften Kohlenförderung für die Zukunft verpflichten müssen. Die geltenden deutschen Gesetze über die Kohlenwirtschaft werden nicht anerkannt. Die Besatzungsbehörden behalten sich im einzelnen Bewilligungen für die Befahrung von Kohlen nach dem unbefesteten Deutschland und für die Ausfuhr nach dem Ausland vor, nachdem vorher der Bedarf der Besatzungstruppen und der französisch-belgischen Regiebahn gedeckt worden ist. Die Freigabe der von den Besatzungsbehörden beschlagnahmten Kohlenzehen hat nicht erreicht werden können.

Wenn das Abkommen trotzdem angenommen wurde und die Reichsregierung der Unterzeichnung dieses Abkommens

nicht widersprochen hat, so liegt der Grund dafür darin, daß ohne Verständigung mit den Besatzungsbehörden ein Weg für die Angangehung der Wirtschaft im besetzten Gebiet und für die Verhütung der anderenfalls drohenden furchtbaren Gefahren für die Bevölkerung nicht hat eröffnet werden können. Die schweren Opfer für das ganze Reich und die einzelnen Unternehmungen mußten unter dem unerbittlichen Druck der Besatzungsbehörden gebracht werden, um noch Schlimmeres von den besetzten Gebieten abzuwenden.

Bezüglich der übrigen Leistungen der Kohlenzehen haben die Besatzungsbehörden den Anspruch aufrechterhalten, daß sie zur Deckung der Besetzungskosten im Ruhrgebiet dienen müssen. — Die Besetzung des Ruhrgebiets ist damit von deutscher Seite als „rechtlche Sanktion“ anerkannt.

„Wenn wir das gewußt hätten!“

Unter dieser Ueberschrift schreibt einer der angesehensten englischen Schriftsteller, Kriegsveteran H. W. Massingham, im „Daily Herald“ zu der deutschen Dokumentenveröffentlichung Sieberis, dem russischen Votschafter Wendenkendorf sei es im Verein mit dem vorgeschlagenen französischen Kollegen gelungen, den engl. Außenminister Lord Grey so ganz ins Netz zu ziehen, daß Grey glaubte, französischer sein zu müssen, als die Franzosen selbst. Damit brachte Grey England und Europa an den ungetechtesten Krieg, der je geführt worden ist. Mit dem Abschluß des Marinekriegsvertrags mit Rußland hat England nicht nur das englische Parlament, sondern auch den ihm kindlich vertrauenden Votschafter Lichnowsky hinteres Licht geföhrt. Und noch verwerflicher war es, wie er England über das englisch-russische Abkommen über Persien, das das Vorspiel des Weltkriegs war, zu täuschen verstand.

Wenn Grey, schreibt Massingham weiter, in den letzten drei Wochen vor Ausbruch des Kriegs anscheinend plötzlich sich für die Erhaltung des Friedens einsetzte, so könnte man allenfalls annehmen, daß er vielleicht vor dem ungenügenden Wagnis im letzten Augenblick zurückschreckte. Aber es muß auch hier noch zweifelhaft bleiben, ob seine Friedensbemühung überhaupt aufrichtig war, denn er mußte genau wissen, daß es keinem Staatsmann gelingen kann, in drei Wochen den Frieden zu festigen, wenn er acht Jahre lang mit Eifer den Krieg vorbereitet hat. In gewissem Sinn hatte Grey überhaupt keine Politik, sondern er folgte blindlings den Franzosen und war ein Feind Deutschlands. Auf die Interessen des eigenen Lands nahm er keine Rücksicht. Jedenfalls, meint Massingham, wäre das englische Parlament und noch weniger das englische Volk für den Krieg zu haben gewesen, wenn es die Wahrheit gewußt hätte.

Neue Nachrichten

Vermutungen

Berlin, 26. Nov. In parlamentarischen Kreisen nimmt man, wie die B. Z. berichtet, an, daß Finanzminister Dr. Luther, Arbeitsminister Dr. Brauns, Ernährungsminister Graf Kanitz und vielleicht Innenminister Dr. Jarres in das Kabinett Albert übernommen werden, als möglich wird bezeichnet, daß Deser Verkehrs- und Dr. Höfle Postminister bleibt. Für das Reichswehrministerium wird auch General v. Seeckt genannt.

Das Auswärtige Amt soll vorläufig von dem Staatssekretär v. Malzahn weitergeführt werden; manche glauben, es werde für Stresemann offen gehalten. — Im allgemeinen geht die Auffassung dahin, daß nicht viel und jedenfalls nichts Entscheidendes geändert werde, daß daher das neue Kabinett dieselben Gefahren laufe, wie dasjenige Stresemanns.

Die Ernennung des Währungskommissars Schacht zum Reichsbankpräsidenten gilt für sicher, womit die Durchführung der Währungsreform mit dem Ziel einer reinen Goldwährung und des freien Devisenverkehrs der Reichsbank überlassen würde.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei trat am Montag zu einer Beratung zusammen über die Frage, ob die Partei noch in der Großen Koalition der preussischen Regierung verbleiben könne. Die Bundtagsfraktion der Sozialdemokratie hat sich gestern mit großer Mehrheit für das Verbleiben in der preussischen Regierung ausgesprochen.

Nächste Vorschläge für den Reichstag

Berlin, 26. Nov. Der Aeltestenrat und der Vorstand des Reichstags berieten am Samstag die Frage, ob die Einschränkung der Ausgaben, wie sie im Reichshaushalt durchgeführt werden sollen, nicht auch auf den Reichstag durch Verminde rung der Abgeordneterzahl und andere Maßnahmen ausgedehnt werden soll. Der braun-

Schweizerische Landtag hat eine solche Maßregel bereits getroffen und vom bayerischen Landtag ist eine diesbezügliche Anregung bereits an den Reichstag ergangen. Die Fraktionsvertreter konnten sich in der Frage noch nicht einigen, sie wurde daher für die zweite Lesung des Wahlgesetzes im Rechtsausschuß zurückgestellt.

Vom parlamentarischen Untersuchungsausschuß

Berlin, 26. Nov. Die Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursachen des Weltkriegs, über die Gründe des Zusammenbruchs, über die Völkerrechtsverletzungen und über die Befangenenbehandlung sind nunmehr ihrem Abschluß nahe und werden in einer Reihe von Bänden in kurzem zur Ausgabe gelangen.

Die kommunistische Partei bleibt bestehen!

Berlin, 26. Nov. Die Hauptleitung der kommunistischen Partei verbreitet einen Aufruf, daß die Partei trotz Verbots bestehen bleibt unter einem Direktorium, das seinen Sitz im Ausland habe. Die seitherigen Ausweise und Mitgliederbücher werden für ungültig erklärt, die Ueberwachung der Mitglieder werde auf verbotenem Weg durchgeführt. Mitglied könne nur werden, wer in einem Betrieb arbeite oder aus einem solchen entlassen sei; er habe als Bürgen zwei zuverlässige Genossen des Betriebs zu nennen. Wer zum Verfall werde, verfalle dem revolutionären Parteitribunal und habe sein Leben verwirkt.

Bei mehreren verhafteten Parteiführern wurden wieder beträchtliche Summen in ausländischem Geld beschlagnahmt.

Weitere Strafanzeigen gegen Zeigner

Leipzig, 26. Nov. Gegen den früheren Ministerpräsidenten Zeigner, der in das Leipziger Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde, ist laut Schief. Ztg. eine weitere Anzeige erstattet worden, daß er unrechtmäßig sich ausländische Zahlungsmittel (Devisen) im Wert von 3000 Billionen Mark sich verschafft habe, mit denen er seine Flucht in die Schweiz angetreten habe. Der nach Böhmen geflüchtete kommunistische „Ministerialdirektor“ Brandler beschuldigt ferner Zeigner, er habe von den Beauftragten der Moskauer Sowjetregierung Schmiergeld angenommen für ein sehr bedeutendes Handelsgeschäft, in dem die Sowjetregierung der Republik Sachsen eine große Menge Roggen zu ungewöhnlich hohen Preisen aufhängen wollte.

Zeigner geklärt

Leipzig, 26. Nov. Der verhaftete Zeigner hat in einigen Fällen die Annahme von Geschenken eingestanden, doch will er sie nicht als Entlohnung für Begünstigungen betrachten wissen. Die betrügerische Verschaffung von Devisen habe nicht er, sondern der Polizeipräsident von Dresden begangen. Da Landgericht hat die beantragte Haftentlassung Zeigners abgelehnt.

Bayern verweigert die Auslieferung der „Putschisten“

Leipzig, 26. Nov. Die bayerische Regierung hat die verlangte Auslieferung der am Münchner Putsch vom 8. Nov. beteiligten Personen an den Staatsgerichtshof abgelehnt. Der Gerichtshof hat die Entscheidung der Reichsregierung angefochten.

Deutschland trägt auch die Ruhrbesetzungskosten

Paris, 26. Nov. Zu der Sitzung der Entschädigungskommission am 27. November schreibt der „Temps“: Ein Teil der Gewinne, die sich aus dem Abkommen mit den Ruhrindustriellen ergeben werden, wird auf Rechnung der Kriegsentwässerung gebucht. Davon werden die Besetzungskosten für das Rheinland vorweggenommen. Ein anderer Teil, der aus den Kohlensteuern usw. und der Beschlagnahme der Warenbestände zusammengefaßt ist, wird in eine besondere Kasse eingelegt und für die Bestreitung der Kosten der Ruhrbesetzung verwendet werden. Wenn die Entschädigungskommission einen Einwand gegen diese Verteilung der Erträge erheben würde, so würde sie damit gleichzeitig die Frage der Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung aufwerfen und sich ein Kontrollrecht über die Privatabkommen (!) anmaßen, die mit den Ruhrindustriellen abgeschlossen worden sind. (Das „Privatabkommen“ würde aber mit Drohungen erpreßt.)

Nach Waterloo

Eine Wauerngeschichte aus dem Lausitz
von Fritz Ribel

[15]

Mit dem Strickstrumpf in den nimmer ruhenden Händen stand die Wäscherin des Hofes, Frau Katharina Schilling, auf der von einem hölzernen Balken überdachten Freitreppe des Wohnhauses und beobachtete mit scharfen Blicken, ob das Gesinde auch richtig der Arbeit nachgehe, zuweilen ein derbes Mahnwort hinabrufo, wenn ein Knecht oder eine Magd sich nach ihrer Ansicht falsch anstellte. Man sah, daß alle vor der Frau einen großen Respekt hatten, denn hastiger wurden die Schritte, sobald die Leute sich in dem Gesichtskreis der Herrin wußten, kein Scherzwort flog von den Knechten zu den Mägden hinüber und nicht einen Augenblick wurde die begonnene Arbeit unterbrochen, um etwa einen gemütlichen Plausch zu halten. Frau Schilling sah aber auch ganz danach aus, als verstünde sie es, die Wirtschaft so zu leiten, daß alles wie am Schnürchen ging. Die über mittelgroße, etwas volle Gestalt in dem einfachen blauen Kattunkleide, über welches eine gestreifte Leinwandhülle gebunden war, zeigte in ihrer ganzen Haltung etwas Gebietendes. Die regelmäßigen Züge mit den dunklen Augen und dem kleinen zusammengepreßten Mund, dem kurzen, etwas zurückgehenden Kinn, ließen in ihrem ganzen Ausdruck erkennen, daß ihre Befigerin Energie genug besaß, ihren Willen unter allen Umständen durchzusetzen. Man hatte diesen kalt und durchbohrend blickenden Augen gegenüber das Gefühl, als wäre jeder Widerspruch unmöglich, und in der Tat war das strenge Regiment, das auf dem Hofe herrschte, im Dorfe und in der Umgebung fast sprichwörtlich geworden, ein Regiment, welches aber augenscheinlich dem ganzen Betrieb zum Segen gereichte. Denn trotz der langen überstandenen Kriegsjahre blühte aus dem ganzen Anwesen ein gediegener Wohlstand hervor. Die leuchtend weiß gestrichelten Wände der Gebäude, die blühenden Fensterbänke, der sauber geführte Hof, wie auch der Anstrich an den Geräken und an dem Holzwerk des Hauses verrieten, daß hier Ordnung waltete, daß Mittel vorhanden und nicht gepart wurde.

Die rheinische Staatsbank

Paris, 26. Nov. „Petit Parisien“ berichtet, auf einer Zusammenkunft von Finanzleuten und Bankiers in Wiesbaden werde am 26. November die „Rheinische Staatsbank“ gegründet werden.

Sonderbündler in Baden

Schweigen, 26. Nov. Neulich kam ein Trupp von etwa 15 Sonderbündlern über den Rhein und besetzte die auf badischem Gebiet liegende Ziegelei und Wirtschaft am Herentelch. Die Wirtsleute wurden die ganze Nacht festgehalten. Da die Fernspreitleitung nach Kessich durchschnitten worden war, konnte auch keine Hilfe herbeigekufen werden.

Württemberg

Stuttgart, 26. Nov. Auf der Flucht angeschossen. Zwischen Alenningen und Bernhausen wurde der wegen schweren Diebstahls steckbrieflich verfolgte 42 Jahre alte, ledige Kraftwagenführer Milan Schwarz von Ellwangen u. A. Leutkirch festgenommen. Bei seiner Einlieferung machte er einen Fluchtversuch. Der Landjäger machte von seiner Schusswaffe Gebrauch und verletzte den Flüchtenden durch einen Schuß in den rechten Oberarm.

Gmünd, 26. Nov. Kindliche Barmherzigkeit. Die hiesige kath. Mädchenschule hat auf Grund eines Briefwechsels, der zwischen Schülerinnen aus Schwab. Gmünd und Gmünd in Württemberg stattfand, 130 000 Kronen, gleich 8 Billionen Papiermark zur Verteilung an arme Schüler erhalten. Die dortigen Kinder hatten unter sich eine Sammlung veranstaltet.

Kalen, 26. Nov. Wohnungsbau. Der Gemeinderat bewilligte dem Stedlungsverein ein Darlehen von etwa 138 000 Goldmark nebst Ueberlassung des Geländes für den Bau von 18 Wohnungen am Galgenberg. Eine Wohnung kommt auf etwa 7650 Goldmark zu stehen.

Weidenstadt, 26. Nov. Weidenerpachtung. Die hiesige, ca. 1500 Hektar umfassende Gemeindegasse, die vor 3 Jahren 18 000 M kostete, wurde auf die nächsten drei Jahre um 125% Zentner Weizen pro Jahr verpachtet.

Göppingen, 26. Nov. Schutzhast. Auf Grund des Erlasses des Militärbefehlshabers, daß diejenigen, die Lebensmittel zurückhalten, in Schutzhast genommen werden, wurde der Landwirt Christian Gail vom Herbenhof, Gemeinde Hohenhausen, in Schutzhast genommen, da er seit März d. J. keine Milch mehr abgeliefert hat.

Ulm, 26. Nov. Verhaftung. Die Schwab. Tageszeitung schreibt: Wie wir erfahren haben, wurde der Geschäftsführer des Kommunalverbands Ulm wegen verschiedener Unstimmigkeiten verhaftet.

Es soll sich um unlautere Machenschaften bei der Mehlverteilung handeln. Ueber schlechtes Brot und Mehl wurde in Ulm schon einige Zeit geklagt.

Ravensburg, 26. Nov. Ehrlicher Finder. Ein junger Bürsche aus Wangen, der hier verschiedene Geschäftsgänge zu besorgen hatte, verlor einen Briefumschlag mit über 20 Billionen Mark Inhalt. Ein 13jähriger Schüler fand das Geld. Durch die im Umschlag befindliche Rechnung war es möglich, den Inhaber festzustellen. Als der Junge zum zweitenmal zu der Firma kam, wo er die Rechnung zu bezahlen hatte, war das Geld bereits dort.

Vom Oberland, 26. Nov. Die Mäuse richten auf den Fruchtäckern und Kleeefeldern großen Schaden an.

Baden

Karlsruhe, 26. Nov. Verschiedene höhere Beamte, besonders solche, die dem Ministerium des Innern nachgeordnet sind und das 60. Lebensjahr erreicht haben, sind vom Ministerium aufgefordert worden, ihren Abschied einzureichen. Nach der „Südd. Ztg.“ haben nur drei Beamte der Aufforderung entsprochen.

Karlsruhe, 26. Nov. Wegen unberechtigten Aufkaufs von Devisen hat die Polizei einen hier ansässigen Maier verhaftet, und nach dem polizeilichen Arbeitshaus in Kislau verbracht.

Pforzheim, 26. Nov. Ein gemeiner Kerl hat an einem der letzten Abende einem 11jährigen Mädchen die Zöpfe abgeschnitten. — Bei der Wucherpolei wurde der Inhaber

einer sächsischen Nähseidenfabrik wegen Betrugs angezeigt weil auf den Fadencollen die Länge des Fadens mit 200 Meter angegeben war, obwohl sie tatsächlich nur 150—160 Meter betrug.

Kannheim, 26. Nov. Die Kontrolle an der Rheinbrücke, die wieder ununterbrochen geöffnet ist, wird schärfer als üblich ausgeübt, da sich daran die Sonderbündler beteiligen. Die verhafteten Mitglieder der rechtmäßigen pfälzischen Regierung in Ludwigshafen sind nach Speyer gebracht worden.

Sämtliche Geschäftshäuser in Ludwigshafen, die den amtlichen Berliner Kurs anschlagen, müssen nach einer Verordnung des französischen Bezirksdelegierten auch den Frankfurter Kurs anschlagen.

Lörrach, 26. Nov. Ein angeblicher Bankdirektor, der Journalist Hans Diden, der seit dem Krieg hier auf großem Fuß lebte, ist geflüchtet, konnte aber in Frankfurt samt seiner Frau verhaftet werden. Er wurde nach Stuttgart überführt. Er soll von Handelsespionage und Landesverrat gelebt haben.

Konstanz, 26. Nov. Ein eigenartiges Mißgeschick ist einem Landwirt aus Bodman zugestoßen. In dem Glauben, er habe die offene Ladentür vor sich, lief er in das Schaufenster hinein, das in viele Stücke zertrümmert zusammenfiel, während der Landwirt selbst keinen Schaden erlitt.

Kolales.

Bildbad, den 27. Nov. 1923.

Gestohlene Rentenmark. Bei einer staatlichen Kasse in Friedrichshafen wurde ein erheblicher Posten Rentenmark gestohlen.

Notgeld muß angenommen werden! Die durch die Presse veröffentlichte Nachricht, daß die Reichsbank vom 22. November ab an ihren Kassen Notgeld nicht mehr annimmt, wurde vielfach dahin verstanden, daß das Notgeld minderwertig sei und kein Vertrauen verdiene. Demgegenüber wird amtlich erklärt, daß diese Auffassung falsch ist. Der Beschluß der Reichsbank beruht auf inneren Gründen und steht mit der Güte des Notgelds in keinem Zusammenhang. Das Notgeld, das den Ausdruck trägt: „Ausgegeben mit Genehmigung des Reichsministers der Finanzen“ ist durch Goldanleihe und Goldschahnanweisungen in voller Höhe gedeckt. Die Deckung ist bei der Reichsbank hinterlegt und durch Sperrverkehr zugunsten des Reichsfinanzministeriums sichergestellt. Dieses Notgeld wird nach Aufruf mit den Deckungsmitteln eingelöst. Im übrigen muß das Notgeld der Länder und Gemeinden nach der Verordnung des Inhabers der vollziehenden Gewalt vom 9. November als gesetzliches Zahlungsmittel von jedermann angenommen werden. Wer dieses Notgeld zurückweist, macht sich strafbar.

Der Milchpreis. Unsere Notiz von einem Milchpreis von 30 Pfennig das Liter scheint so aufgesetzt worden zu sein, als ob dies der landesübliche Preis sei. Dieser Preis bezieht sich jedoch, wie aus der Stuttgarter Lokalnotiz übrigens ohne weiteres ersichtlich ist, nur auf den Kleinverkauf in Stuttgart.

Der Durchschnitt der Vermögenssteuer soll nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministers auf 5 vom Tausend erhöht werden.

Die Kleinrentnerunterstützung für 1. bis 15. Dez. ist nach der Reichsrichtzahl für die Lebenshaltungskosten von 831 Milliarden zu bemessen. Der allgemeine Höchstbetrag der Unterstützung berechnet sich sonach ohne Familienzuschläge auf (831 Milliarden mal 15 =) 12 465 Milliarden Mark. Auf Reichs- und Landesmittel sind (80 und 10 v. H.) zusammen 90 v. H. der Gesamtunterstützung zu verrechnen; der Amtskörperchaftsanteil beträgt 10 v. H. dieser Unterstützung. Die Auszahlung der Unterstützungen kann sofort veranlaßt werden. Die Reichs- (Landes-) Vorschüsse werden den Oberamtspräsidenten demnächst zugehen.

Die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten geschlossen. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Hamburg berichtet, daß die für die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten in diesem Jahr offen stehende Zahl für Deutschland bereits erreicht ist. Die Einwanderung würde daher bis Ende Juli, wo eine neue Festsetzung der Einwanderungsziffer vom amerikanischen Einwanderungsamt stattfindet, gesperrt sein.

Die Schweizer 5-Frs.-Noten. In auffallend vielen Fällen hört man das Gerücht, daß die Schweizer 5-Frs.-Noten einzuweisen und für ungültig erklärt werden. Wie wir von

Frau Schilling suchte eben an ihrem Strickstrumpf eine ihr entfallene Nafche wieder aufzunehmen, wobei sie den Kopf mit dem einfach geschichteten kohlschwarzen Haar niederbeugte, als Hansjörg durch das Tor trat und quer über den Hof nach dem Schuppen ging, um die Senke dortselbst aufzuhängen. Beim Anblick des blühenden, in Lebenskraft strotzenden Sohnes flog es wie ein freudiger Schimmer über das erste Gesicht der Mutter, doch nur für einen Augenblick, denn gleich darauf erschienen die festen Jüge wieder so gleichgültig, als schäme sich die Frau jeder zärtlichen Auswallung für ihren einzigen. Auch der Ton, mit welchem sie den jetzt die Freitreppe heraufkommenden Sohn empfing, verriet keinerlei Wärme; im Gegenteil klang darin etwas wie ein Vorwurf durch, sodaß Hansjörg mit scheuem Blick das Anitz der Mutter musterte. War er es auch gewohnt, daß die Mutter in kurzer, fast barscher Weise mit ihm verkehrte, so gaubte sein feines Ohr doch heute ein unterdrücktes Grollen aus ihren Worten herauszuhören, als sie sagte:

„Sch hab' geredet, daß du schon vor einer Stund' dehaam wärst, dann wär' das Hei noch uff die Scheier kumme! Wo bleibst du dann so lang?“

Mit harmloser Miene entgegnete Hansjörg: „Der Kaspar is' ewe' en' alter Mann, do muß ich die Hauptarbeit allans schaffen! Bei der Hüb' kann mer das Hei morje' mittag wenne! Wann kaan Rege' kummt, tun wir's dann de' Samstag ereint!“

Da Hansjörg immer etwas auf dem Kerbholz hatte und auch heute nicht wußte, ob die Mutter nicht etwa hinter einen seiner Streiche gekommen war, so suchte er nach bewährtem Rezept die Mutter in ein allgemeines, die Arbeit betreffendes Gespräch zu verknüpfen, um so eine etwaige unangenehme Auseinandersetzung zu vermeiden oder doch wenigstens zu verzögern. Diesmal gelang es ihm jedoch nicht, die Mutter abzulenken, denn ohne seinem Vorschlag betreffs des geschlittenen Heus zuzustimmen, ging diese mit festem Schritt nach dem Wohnzimmer und befahl dem Sohn, ihr zu folgen. In der geräumigen, mit glänzend gebohnten Birkenmöbeln ausgestatteten Stube angekommen, drehte sie sich herum, und die

strickenden Hände in hastigere Bewegung setzend, begann sie ohne weiteres:

„Mit dir hab' ich widder emol e' Hübnche' zu pflüen! Was host du dann schon seit e' paar Woche' im Braus' Kopp' zu tun, wo du doch waacht, daß ich's nit leid', daß du dahin gehst?“

„Ich wist' nit, daß Ihr mir des verbotte' habtl' entgegnete Hansjörg verlegen.

„Mit aa'mol — zeh'mol hab' ich dir schon gesagt, daß uns die Zeit' nit angehe! So des e' Kreuz mit dem Bubl' Der ganz' Ort waach, daß die Anne Margret' spinnefeind mit uns is', du lässt haamlich hin! Pfiu, schäm' dich! Was host du dort verlore'? Antwort will ich!“ fuhr die Bäuerin mit erhobener Stimme fort.

In Hansjörg regte sich etwas wie Trost. Diesen befehlshaberischen Ton, in welchem die Mutter zu ihm sprach, und zwar so laut, daß die Mägde in der anstößenden Küche es hören konnten, hatte er nicht verdient, nachdem er sich heute auf dem Heimweg vorgenommen hatte, die Gelegenheit, Anne Margret' zu sehen, für die Folge zu meiden; die Vorwürfe der Mutter deuteten ihm ein Unrecht und verdrossen erwiderte er:

„Ich bin doch kaan kaaner Bus mehr, Mutter, daß Ihr mich so antreißt! Wenn mei' Kamerade' in de' Braus' Kopp' gehe', soll ich do sage': ich darf nit mitgehe', mei' Mutter leid's nit? Soll ich mich auslache' losse?“

„Du bist auch ohne Kamerade' schon mehr wie aa'mol hingange!' Raanft du, ich wüßt's nit!“

„Dann bin ich hin, und die Kamerade' zu treffe'. In die anner' Kneip', wo noch im Ort is', geht jo kaan Mensch' ein!“

Die Argumente, welche Hansjörg vorbrachte, waren ja so einseitig, daß Frau Schilling die Energie ihres Tones merklich herabstimmte. Es war ihr bekannt, daß die noch im Ort befindliche kleine Wirtschaft „Zum Sabat" von den besseren jungen Bürgern gar nicht besucht wurde, da in derselben nur zwei griesgrämliche alte Leute walteten und auch die Qualität des verzapften Apfelweins zu wünschen übrig ließ.

(Fortf. folgt.)

Schweizer Bankkredit erfahren, ist in der Schweiz davon nichts bekannt. Es scheint, daß es sich um eine böswillige Verbreitung dieses Gerüchtes handelt zu dem Zweck, den Besitzern diese Noten abzulassen.

Wie soll man im Winter die Vögel füttern? Nicht im Schnee, das Futter geht zum großen Teil verloren und wird naß. Man verberge in einem Gebüsch ein Brettfüchlein und auf dieses streue man Futter. Ist kein Gebüsch in der Nähe, so stelle man das Brett anders wohin, aber man gebe acht auf Kägen. Wenn man neben das Brett einige Reisler oder Dornen steckt, so können die Vögel leicht entfliehen, wenn die Käse ihnen nachstellt. Als Futter reiche man nie Brot, welches schon gar nicht. Wenn Brot naß wird, wird es sauer und Vögel gehen daran zugrunde. Das beste, d. h. das zuträglichste Futter ist Hanfamen, gebrochene Haferkörner, Rübsterne, Sonnenblumen- oder Kürbisterne, kleine Stückchen Speck.

Vervierfachung der Postgebühren

Die seit dem 20. November geltenden Post- und Postschickgebühren werden ab 26. November auf das Vierfache erhöht.

Für den Geldverkehr gilt ein neuer Tarif, der bei Bareinzahlungen mit Postanweisungen für die niedrigste Betragstufe (bis 25 Billionen) eine Gebühr von 100 Milliarden vorseht, bei Zahlung mit Zahlkarte eine Gebühr von 50 Milliarden.

Von der Erhöhung der Postgebühren bleiben die Zeitungsgebühren ausgeschlossen.

Es kosten demnach ab 26. November (in Milliarden Mark):

Im Ortsverkehr: Postkarten 16, Briefe bis 20 Gr. 40, über 20 bis 100 Gr. 48, über 100 bis 200 Gr. 80 und über 250 bis 500 Gr. 96.

Im Fernverkehr: Postkarten 40, Briefe in der vorstehenden Reihenfolge: 80, 112, 128, 144.

Im Auslandsverkehr: Postkarten 192 (jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 144), Briefe bis 20 Gr. 320, jede weiteren 20 Gr. (Reisgewicht 2 Kilo) 160 (jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gr. 240 und jede weiteren 20 Gr. 160).

Die am 26. November eingetretene Erhöhung der Postgebühren um das Vierfache hat die Postämter ebenso übersehen, wie das Publikum. Briefmarken, die der Erhöhung angepaßt sind, gibt es natürlich wieder einmal nicht.

Der Post bleibt deshalb nichts anderes übrig, als die bisherigen Marken zum vierfachen Werte zu verkaufen. Fernbriefe, die 80 Milliarden kosten, werden deshalb mit einer Marke zu 20 Milliarden befreit. Wer einen größeren Vorrat an Briefmarken besitzt, kann bei dieser Gelegenheit ein gutes Geschäft machen. Das ist wieder Berlinerisch.

Das württ. wertbeständige Notgeld

Für die Ausgabe des württ. Notgelds des Städtetags und der Handelskammern sind unter Beteiligung der Reichsbank und der Girozentrale folgende Vorkahrungen getroffen:

Die Beschaffung der Note geschieht durch Hingabe von Goldanleihe oder Papiergeld. Die Zahlung des Gegenwertes erfolgt bei den Reichsbankstellen und Notenstellen des Landes, die Ausgabe der Noten bei den Spar- und Girokassen.

Die Anmeldung durch die Firmen und einzelnen Städte geschieht bei der hierfür geschaffenen Notgeld-Zentralstelle des Städtetags, Stuttgart, Rathaus. Bei dieser Anmeldung haben die Antragsteller zu nennen: Die Höhe des Notgeldbedarfs an Notgeld ausschließlich für Lohn- und Gehaltszwecke; für diesen angemeldeten Gesamtbeitrag werden bei der Aushändigung des ersten Wochenbedarfs die zur Deckung der Druck-, Inserat- und Verwaltungskosten erforderlichen 2 v. H. sofort in Abzug gebracht (zugleich Schutz vor Phantasiebestellungen). Sie bleiben auch bei Nichtbedarf zur Deckung der Kosten verfallen.

Die Bezahlung des Wochenbedarfs erfolgt bei den einzelnen Filialen der Reichsbank im Lande, und zwar auf das bei der Reichsbankhauptstelle Stuttgart errichtete Konto des Städtetags. Der Antragsteller hat hierbei regelmäßig mitzuteilen, bei welcher Oberamtsparasse oder Girokasse er die bestellen und bezahlten Notgeldbeträge nach erfolgter Zuteilung erheben will.

Die Anmeldung des Bedarfs der handwerklichen Betriebe ist in Sammelanmeldung bei den Handwerkskammern in Aussicht genommen.

Mit der Ausgabe des Notgelds wird einheitlich am Donnerstag, den 29. November, begonnen. Bis Dienstag, den 27. November, angemeldete Beträge haben bei der ersten Ausgabe insbesondere Aussicht auf Berücksichtigung.

Anmeldungen müssen spätestens bis Samstag, den 1. Dezember, erfolgen. Spätere Anmeldungen haben keinen Anspruch auf Berücksichtigung, da das Notgeld nur für eine kurze Zeit — bis das Reich hinreichend wertbeständiges Reichsnotgeld zur Verfügung stellt — Gültigkeit haben soll.

Die Stückelung erfolgt in Teilsbeträgen der Reichsmark, und zwar je von 20 S., 50 S., 1 M. und 2 M.

„Schilddrüsenstreiche“

In voriger Woche veröffentlichten wir einen Artikel „Schilddrüsenstreiche“ von unserem Berliner Mitarbeiter, der den Unmut der Bevölkerung über die Verschleppung der Rentenmark-Ausgabe durch die Reichsstellen Ausdruck gab und bemängelte, daß die Rentenmark nur Beamtenkreisen zugänglich gemacht sei, und daß durch die unterschiedliche Bewertung von 300 Millionen Papiermark gegenüber dem offiziellen Kurs von 600 (jetzt 1000) Millionen geradezu ein Anreiz zur Zurückhaltung bzw. Hamstern der Rentenmark durch die Empfänger gegeben werde. Unser Mitarbeiter, der sonst in der Hauptsache für norddeutsche Blätter schreibt, hatte mit seiner Bemerkung natürlich nicht die süddeutschen Verhältnisse im Auge; daß vielmehr hier auch die Beamten stiefmütterlich behandelt wurden, ging aus der auch von uns veröffentlichten Erklärung eines Heilbronner Gerichtsbeamten deutlich hervor. Es scheinen eben wieder einmal gewisse engere Kreise bevorzugt worden zu sein, was selbstverständlich den Unwillen der Uebergegangenen auslösen mußte. Der unbegreifliche Fehler, der bei der Ausgabe der Reichsgoldanleihe gemacht worden war, wurde in anderer Form wiederholt, und dagegen wandte sich unser Mitarbeiter; übrigens im Verein mit einer großen Anzahl bedeutender Blätter. Wenn aber auch in dem Artikel „Schilddrüsenstreiche“, wie bemerkt, keineswegs auf süddeutsche Verhältnisse abgehoben werden wollte — in diesem Fall hätten wir dem Artikel unsere Spalten verschlossen, unsere eigene Stellung haben wir wiederholt in unseren Wochenrundschau dargestellt —, wenn vielmehr gerade auch die Zurückhaltung der

süddeutschen Beamenschaft zusammenschließend mit beklagt werden sollte, so stehen wir doch nicht an, zwecks völliger Klärung folgender Zuschrift Raum zu geben, die uns aus Beamtenkreisen zugeht:

1. Bis jetzt sind viel zu wenig Rentenmark ausgegeben, als daß sämtliche Beamten ihre in Rentenmark angewiesenen Leibzüge (10 und 30 Prozent eines Hochgehalts) hätten erhalten können. 2. Bis heute hat wohl in ganz Württemberg kein einziger Beamter auch nur eine Rentenmark gesehen. Infolgedessen können die Verhältnisse, die der Mitarbeiter schildert, für unsere Gegend nicht stimmen. Und selbst, wenn wir heute Rentenmark beziehen, können wir sie nicht hamstern und damit spekulieren, denn wozu sollten wir dann leben? — Nachdem die Grundpreise für die wichtigsten Bedarfsgegenstände fast aufs Doppelte gestiegen sind und wir dagegen zahlenmäßig nur ein Drittel unseres Friedensgehalt bezuhen, kann jeder vernünftige Mensch selbst ausrechnen, daß dieser in Wirklichkeit auf ein Sechstel herabgelunkene Gehalt kaum zum Lebensunterhalt reicht und daher für Hamster- und Spekulationszwecke rein nichts übrig bleiben kann.

Allerlei

Hollandhilfe. Der holländische Hilfsausschuß für Verpflegung von Ferienkindern hat bisher 15 Eisenbahnwagen Lebensmittel und 7062 Gulden nach Deutschland gesandt.

Um das Ehrenbürgerrecht. Die sozialistischen und kommunistischen Stadtverordneten in Tilsit hatten beantragt, dem General Ludendorff das Ehrenbürgerrecht der Stadt abzuerkennen. Der Magistrat hat das Ansinnen zurückgewiesen. Der Beschluß sei gescheitert und die großen Verdienste des Generals um die Provinz Ostpreußen und die Stadt Tilsit bleiben für alle Zeiten unvermindert bestehen.

Schnellschreib-Preis. In dem Wettbewerb um die diesjährige Jugendmeisterschaft in der deutschen Schnellschreiberei blieb die 15jährige Fortbildungsschülerin Elisabeth Hempel aus Chemnitz mit einer Fünfminutenleistung von 240 Silben in der Minute Siegerin. Dieselbe Schülerin erhielt einige Wochen später auf dem Bundestag des Reichsbundes für Schnellschreiberei mit einer Leistung von 260 Silben den ersten Preis. Im nächsten Frühjahr findet ein Allmeister-Schreibwettbewerb statt.

Auf nach Australien? In Australien herrscht Mangel an heiratsfähigen Frauen, den die Regierung durch bestimmte Einwanderungserleichterungen beheben will. Man will einer Viertelmillion heiratsfähiger Frauen in Australien Gelegenheit geben, sich in den landwirtschaftlichen Betrieben gegen freie Station und Beköstigung einzuleben, ihnen überdies eine Vergütung in Bargeld zuzusichern und nach der halbfrühtigen Zeit der Unterweisung freie Wohnungswahl zu billigen.

Stiftung. Der aus der Schweiz stammende Schokoladenfabrikant Herschen in Pennsylvania hat sein ganzes Vermögen von etwa 60 Millionen Dollar für eine Waisenanstalt und eine Industrieschule gestiftet. Der Stifter war vor vielen Jahren als mittelloser Bursche nach Amerika ausgewandert.

Der Kraftwagen-Nachverkehr ist in München von 1 bis 5 Uhr bei schweren Strafen verboten worden.

Böse Zeit. Die Gemeinde Tannenberg in Sachsen hat die Straßenbeleuchtung eingestellt, da sie die Kosten nicht mehr aufbringen kann.

Beim Einbruch in eine Villa in Frankfurt a. M. erbeuteten die Diebe Silberfächer, Teppiche, Delgemälde usw. im Wert von angeblich mehreren Trillionen Mark.

Bei Einbruch in die Grube „Heurota“ (Prov. Sachsen) wurden 230 Kilo Sprengstoff und 2330 Sprengkapseln gestohlen.

Bombenanschlag. Auf das Gebäude des Bezirksamts in Jüssen (bayer. Allgäu) wurde in der Nacht zum Freitag ein Anschlag gemacht. Die Bombe riß ein großes Loch in die Mauer und zertrümmerte einige Türen und 30 Fensterscheiben. Auf die Ergreifung des Täters ist eine Belohnung von 500 Goldmark ausgesetzt.

Der „Polarforscher“ Cool verurteilt. Der Erzhändler „Dr. Cool“, der vor einigen Jahren als Polarforscher auftrat und behauptete, er habe den Nordpol gefunden, ist in Fort Worth (Texas) wegen Betrugs zu einer hohen Gefängnisstrafe und 12 000 Dollar Geldbuße verurteilt worden. — Cool heißt eigentlich Koch und stammt aus Frankfurt a. M. Er ließ sich seinerzeit in Neuyork und in anderen Städten nach seiner „Rückkehr vom Nordpol“ außerordentlich feiern, wurde dann aber von Ransen, Amundsen und Shackleton als gemeiner Schwindler entlarvt. Jahrelang hat man nichts mehr von ihm gehört. Nun ist er doch noch wegen Betrugsereien dem Gericht in die Hände gefallen.

Dahsentennen. Der Rennverein zu Ravenna hat letzter Tage zur Abwechslung einmal auf der Rennbahn ein Rennen mit Dahsen abgehalten. Dazu wurden die im neapolitanischen Apennin der Provinz Campo basso halbwild lebenden Dahsen verwendet, großhörnige Tiere von gedrungenem Körperbau, die schnellfüßig und etwas größer sind, als die gewöhnlichen Jagodahsen. Die Tiere wurden zu zweien oder drieren vor Rennwagen altrömischer Art gespannt, und sie legten, von berittenen Hirtten im Galopp begleitet, die einige Kilometer messende Bahn ohne Zeichen der Ermüdung oder Erschöpfung zurück.

Ein Buch, das weder gedruckt noch geschrieben ist. Eine einzigartige typographische Seltenheit befindet sich im Besitz der Familie des Fürsten von Ligne. Es ist ein Buch, das weder gedruckt noch geschrieben ist; vielmehr wurden die Buchstaben in die Seiten eingeschnitten, und dabei ist der besseren Lesbarkeit wegen abwechselnd das eine Blatt blau, das andere weiß. Die mühsame, durchaus gleichmäßige Ausführung der Buchstaben, die wie von der Maschine geschnitten zu sein scheinen, ist besonders bewundernswert. Das Werk handelt von den Leiden Christi und war schon 1640, aus welchem Jahr die erste erhaltene Nachricht stammt, eine große Seltenheit und Kostbarkeit.

Die Schätze des Nemisees. Unter dem Vorhild Russolints hat sich in Stalien ein Ausbruch gebildet, der die Hebung der im See Nem (in der Nähe Roms) versunkenen Brunnenschiffe der alten römischen Kaiser Liberius und Caligula zutage fördern will. Sachverständige haben vorgeschlagen, den Wasserpiegel des Sees allmählich bis auf den Hang zu senken, auf dem die Schiffe ruhen. Die Kosten, die vorläufig auf mindestens 5 Millionen Lire veranschlagt sind, hofft man

durch eine Walfotterie (1) und Geldente aus dem Ausland aufzubringen, da der italienische Staat hierfür keine Mittel aufwenden könne.

Sturmflut. Einer Meldung aus Kalkutta zufolge hat eine Sturmflut die Küste von Koromandel heimgesucht. 50 Dörfer, Berhampur und Wajanagram wurden vollkommen zerstört. Der Zugverkehr mußte eingestellt werden.

Unterstützung. Der Eisenbahnbetriebsassistent Tromann in Berlin unterschlug im Dienst 270 Billionen Mark. Als er verhaftet werden sollte, erschloß er sich und seine Frau in seiner Wohnung. Die Geldsumme wurde dort bis auf einen kleinen Fehlbetrag vorgefunden.

Der Rohrstock des Regierungsrats. In Frankfurt an der Oder ist in den letzten Tagen ein Prozeß durchgeführt worden, der in weiten Kreisen erhebliches Aufsehen erregt hat. Angeklagt war der Regierungsrat Boll, der Leiter der staatlichen Zentrale für Flüchtlingsfürsorge in den östlichen Grenzgebieten. Ihm werden Nötigung, Mißbrauch der Amtsgewalt, sowie Mißhandlung zur Last gelegt. Regierungsrat Boll hatte die Büroräume seines Amtes in seiner Wohnung untergebracht. Dort waren auch seine weiblichen Büroangestellten tätig. Die Anklage behauptet nun, daß Boll in einer ganzen Reihe von Fällen seine weiblichen Angestellten unter Mißbrauch der Dienstgewalt gezwungen hätte, mit ihm in Verkehr zu treten und Mißhandlungen mit einem Rohrstock über sich ergehen zu lassen. Der Rohrstock, den der Angeklagte bei seinen Handlungen verwendet hatte, wurde dem Bericht als Beweisstück vorgelegt. Die Verhandlung nahm drei Tage in Anspruch und fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Gericht erkannte auf ein Jahr und einen Monat Gefängnis.

Die Frau als Erfinderin. Der Erfindungsgeist der Frau erschöpft sich durchaus nicht in der literarischen Fabulierung, er betätigt sich vielmehr auch durchaus ernsthaft und praktisch. Darüber geben die Statistiken der Patentämter einwandfreie Auskunft. Sie bezeugen, daß die Frau als Erfinderin auf ihrem besonderen Gebiet der Hauswirtschaft ein überaus fruchtbringende Tätigkeit entfaltet hat. Darüber belehrt auch eine kleine Ausstellung, die ausschließlich von Frauen gemachten Erfindungen gewidmet ist, und die gegenwärtig in London stattfindet. Man sieht hier beispielsweise Pfannen und Kasserolen, deren quadratische Form es ermöglicht, drei oder vier Töpfe zugleich durch eine einzige Gasflamme des Kochherds zu beheizen, wodurch eine Ersparnis an Gas erzielt wird, die gerade in der heutigen Zeit der mahnungsvollen Verteuerung des Gases hoch anzuschlagen ist. Neben einer Gesichtsmaske gegen Mücken findet man hier auch kleine Möbel, die durch einen Handgriff rasch umzustellen sind, und deren leichte Bewegbarkeit den Besitzer in die Lage versetzt, sich bei einem Landaufenthalt Behaglichkeit zu schaffen. Er kann durch einen Handgriff seinen Frühstückstisch in ein Feldbett, in einen Schrank oder was er sonst wünscht, verwandeln, kurz, er hat hier dank dem Erfindungsgeist einer Frau ein „Möbel für alles“ bei sich. Sehr nett ist auch eine von der mütterlichen Vorsicht erdachte, selbsttätig wirkende Bremsvorrichtung, die einen auf abschüssigem Weg ohne Aufsicht stehenden Kinderwagen vor dem Abrollen bewahrt, da die Bremse sich, sobald der Wagen sich in Bewegung setzt, von selbst auslöst und den Kinderwagen sofort zum Halten bringt.

Neue Sternwarte. Die berühmte ungarische Sternwarte in Opatowitz wurde durch den Friedensvertrag mit dem nordwestlichen Teil des Landes von Ungarn losgerissen und kam in den Besitz der Tschechoslowakei. Als Ersatz wurde auf dem Schwabenberg bei Wien eine neue Warte „Stella“ errichtet und dieser Tage in Betrieb genommen. Ein Teil der Einrichtung wurde in Deutschland hergestellt.

Weinbeleidigung. Ein Herr in Sippplingen (Amts Ueberlingen), wo ein guter Wein wächst, hatte in einem Gasthaus behauptet, die bekannte Wirkung des „Sippplingers“ sei nicht seiner Naturertheit zuzuschreiben. Dieser Meinung hatte der Mann auch in einer Zeitungsnotiz Ausdruck gegeben. Auf eine Anzeige hin wurde der Wein untersucht und für trübsüchtig befunden. Nun aber strengte der Wirt eine Klage gegen den Weinverkäufer an, der denn auch den Prozeß verlor. Der angebliche Feinschmecker mußte die beträchtlichen Kosten tragen.

Was heißt „Zertnaal“? Dieser Ausdruck, der sich bei den gegenwärtigen Bestrebungen, die deutsche Sprache zu „verdeutschern“, in der technischen Literatur immer häufiger findet, bedeutet nichts anderes als „Explosion“. Die Technische Rundschau (Bern) bemerkt dazu: Wir möchten es immerhin dahingestellt sein lassen, ob es sich gerade hervorragend schön machen wird, wenn man den Explosionsmotor zukünftig als Zertnaalmotor bezeichnet, denn wenn der Motor auch hier und da knallt, so braucht er deswegen doch nicht gerade zu zertnaalen. Neuerdings soll aber, wie wir gelesen haben, Zertnaal noch nicht einwandfrei genug sein, und so hat denn ein technisches Werk gar den Ausdruck „Lospuff“ geprägt. Wenn man so etwas liest, so kann man wirklich glauben, daß bei manchen Leuten etwas „los“ ist — und wenn's auch nur ein Schraube sein sollte.

Der englische Mäusekrieg. In England ist zurzeit der Krieg gegen die Mäuse unter Aufsicht der Behörden in vollem Gange. Man veranstaltet überall Versammlungen und trifft energische Maßnahmen, um den Verbreitern von allen möglichen Krankheiten den Garau zu machen. Für das Unternehmen haben alle Klubs Preise gestiftet. Hierzu bemerken die Times, im Vereinigten Königreich gebe es ebensovielen Mäuse wie Menschen. Wenn man bedenkt, daß jede Maus im Jahre ihre Lebensmittel im Wert von 1 Pfund Sterling vertilgt, so berechnet sich der Schaden, der dem Lande aus der Mäuseplage erwächst, auf rund 50 Millionen Pfund Sterling. Wie ein anderes Londoner Blatt zu melden weiß, sind mehr als hunderttausend Personen mit Fallen, Gift und anderen Vertilgungsmitteln ausgerüstet, um die Jagd mit allem Nachdruck zu betreiben. In verschiedenen Gegenden kommen auch Giftgase zur Verwendung. Der Ackerbauminister wird innerhalb 8 Wochen das Ergebnis dieses Mäusekrieges öffentlich bekanntgeben.

Gasrieg gegen Klapperschlangen. Die giftigen Gase die während des Weltkrieges als Kampfmittel dienten, werden jetzt zu heilsameren Zwecken verwendet, indem man sie zur Vertilgung schädlicher Tiere auszunutzen sucht. Es sind schon verschiedene geglückte Versuche unternommen worden, um die so überaus gefährlichen Schädlinge der Insektenwelt zu „vergassen“. Jetzt will man mit Giftgas auch gegen andere Tiere vorgehen. Wie in der „Allschau“ mitgeteilt wird, hat der Leiter des amerikanischen Militär-Sanitätsdienstes angeordnet, bei San Marcos in Texas verschiedene Gase, wie Chlor und Phosgen, daraufhin zu untersuchen, ob sie für die Ausrottung der Klapperschlange verwendbar sind.

Aus den Erinnerungen Kaiser Wilhelms.

(Schluß.)

Das Kommando zum Auswärtigen Amt hatte für mich eine große Unannehmlichkeit gezeitigt. Meine Eltern standen dem Fürsten Bismarck nicht sehr freundlich gegenüber und verdachten es dem ohne, in seine Kreise eingetreten zu sein. Man befürchtete Beeinflussung gegen die Eltern, Hyperkonserwatismus und wie die Gefahren alle hießen, die von Ohrenbläsern aller Art aus England wie aus „liberalen Kreisen“, welche im Vater ihren Ort erblickten, gegen mich angeführt wurden. Ich habe mich niemals auf solche Dinge eingelassen. Aber die Stellung im Elternhause ist mir dadurch recht erschwert und manchmal peinlich gestaltet worden. Ich habe wegen meines Arbeitens unter dem Fürsten und meiner oft auf die schwersten Proben gestellten Disziplin für den Kanzler in der Stille recht Schweres zu tragen gehabt; der Fürst fand das auch inwendig ganz selbstverständlich.

Zum Grafen Herbert habe ich gute Beziehungen gehabt. Er konnte ein lustiger Gesellschafter sein und verstand es, interessante Männer um seinen Tisch zu sammeln, die zum Teil aus dem Auswärtigen Amt, zum Teil aus anderen Kreisen stammten. Aber zu einem wirklichen Freundschaftsverhältnis ist es zwischen uns nicht gekommen. Das zeigte sich besonders, als beim Ausscheiden seines Vaters auch der Graf seinen Abschied forderte. Meine Bitte, er möge doch bei mir bleiben und mir helfen, die Tradition in der Politik fortzuführen, erfuhr die scharfe Erwiderung: er sei nun einmal gewöhnt, nur seinem Vater vorzutragen und Dienste zu leisten; man könne unmöglich von ihm verlangen, daß er mit der Mappe unter dem Arme bei jemand anders zum Vortrage antrete als bei seinem Vater...

Der Kaiser behandelt hierauf seinen ersten Besuch in Rußland und seine Eindrücke über Bismarcks Politik zum Osten und kommt zu dem Ergebnis:

Mag man sich nun zu Bismarcks Russenpolitik stellen wie man will, das eine muß gesagt werden, nämlich, daß der Fürst es trotz dem Berliner Kongresse und der Annäherung Frankreichs an Rußland verstanden hat, Beziehungen engerer Art zu vermeiden. Das bedeutet vom Berliner Kongress ab gerechnet ein überlegenes diplomatisches und staatsmännisches Spiel über 12 Jahre (1878 bis 1890). Man wird auch hervorheben müssen, daß es ein deutscher Staatsmann war, der 1878 einen allgemeinen Krieg verhinderte und dafür sogar die Beziehungen Deutschlands zu Rußland schwächte im berechtigten Vertrauen darauf, daß es seiner genialen zielstrebigen Staatskunst gelingen würde, sie nach Ueberwindung der allgemeinen Krisis wieder zu stärken oder wenigstens Konflikte zu vermeiden. Das ist ihm 12 Jahre lang und seinen Nachfolgern am Staatsruder weitere 24 Jahre gelungen.

Von der Parteipolitik habe ich als Prinz mich abstrahiert fern gehalten und mich ganz auf meinen Dienst in den verschiedenen Wäffern, denen ich zugeteilt wurde, konzentriert. Dieser gewährte mir Befriedigung und füllte mein Leben aus. Deshalb ging ich als Prinz von Preußen allen Bemühungen aus dem Wege, mich in das politische Parteigetriebe zu zerren. Häufig genug wurde es versucht, mich unter dem Tarnmantel harmloser Veranstaltungen, Tees u. dgl. für politische Zirkel oder für Wahlzwecke einzufangen. Ich habe mich immer zurückgehalten.

Der Verlauf der türkischen Krankheit, die den Kaiser Friedrich III. dahintrastete, war mir von deutschen Ärzten, die als Experten von Sir Morell Mackenzie, dem englischen Arzt, hinzugezogen worden waren, ganz offen vorausgesagt worden. Mein tiefer Schmerz und Kummer waren um so größer, als es mir jaht unmöglich war, meinen heißgeliebten Vater allein zu sprechen. Er wurde von den englischen Ärzten wie ein Gejangener bewacht, und während Reporter aus allen Ländern vom Arztzimmer aus den armen Kranken beobachtet durften, wurden mir alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt, an meinen Vater heranzukommen oder mit ihm auch nur schriftlich in dauernder Verbindung zu bleiben; meine Briefe wurden oft aufgefangen und nicht abgegeben. Außerdem wurde aus dem Bewachungskreise eine injame, regelrechte Verleumdungskampagne gegen mich in der Presse geführt. Besonders tat sich zwei Journalisten hierbei hervor: ein Herr Schnidrowitz und Monsieur Jacques St. Cere vom „Figaro“ — ein deutscher Jude —, der den späteren Kaiser jahrelang in gütigster Weise in Frankreich verlebendete, bis ihm der Prozeß des „Petit Suerier“ den Hals brach.

Die letzte Freude, die der sterbende Kaiser erlebte, konnte ich ihm durch den Vorbeimarsch der von mir persönlich dem Vater vorgeführten 2. Garde-Infanterie-Brigade bereiten. Es waren die ersten und letzten Truppen, welche Friedrich III. als Kaiser sah. Auf einem kleinen Zettel schrieb er seinem dadurch beglückten Sohne auf: er sei dankbar für die Freude, diese Truppen zu sehen, und stolz darauf, sie die seinigen nennen zu können. Dieses Ereignis war ein Lichtblick in den schweren 99 Tagen, die auch für mich als Kronprinzen viel Kummer, Demütigungen und Verbächtigungen brachten. Ich beobachtete während dieser Krise pflichtgemäß wachsamem Auge alle Vorkommnisse in militärischen, Beamten- und Gesellschaftskreisen und war innerlich empört über die Zeichen der Lockerung, die ich überall wahrnahm, vor allem aber über die sich mehr und mehr bemerkbar machende Feindschaft gegen meine Mutter. Auf der anderen Seite mußte mich die andauernd gegen mich gerichtete Verleumdungskampagne, die mich als mit meinem Vater im Zwiepalt befindlich schilderte, tief verletzen.

Spruch

Bedenke Mensch!

Der Gedanke des Todes muß unser Besserungsmittel, aber nicht unser Endzweck sein; wenn in das Herz wie in die Herbstblätter einer Blume, die Grabeserde fällt, so zerfällt sie, anstatt zu befruchten. Jean Paul.

Handelsnachrichten

Dollar Kurs am 21. Nov. 4 210 500 000 000 (unv.) New York ein Dollar 6,8. London 1 Pfd. Sterl. 43, Amsterdam 1 Gulden 3,5 Millionen Mark.

Der Wert von einer Million Mark in Ostasien am 24. Nov.: in Holland 105, Belgien 405, Norwegen 182, Dänemark 155, Schweden 102, Italien 450, London 111, New York 100, Paris 349, Schweiz 111, Spanien 148.

Goldbanknotensatz der Reichsbank am 26. November: 19 267 584 000 000 Papiermark für ein Anzamlamarkstück.

Für Reichsscheine in ungenutzten bezahlte die Reichsbank ab 28. November den 400milliardenfachen Betrag des Nennwerts.

Berliner Geldmarkt, 26. Nov. 5-6 Prozent für tägliches Geld.

Stuttgarter Börse, 26. Nov. Die Börse hatte heute ein uneinheitliches Bild. Man erwartete recht unruhig mit Rücksicht auf die innerpolitische Krise und neigte eher zur Schwäche, jedoch sich die Kurse in der ersten Börsenhälfte größtenteils Abstriche gelassen hatten. In der zweiten Hälfte trat eine Besserung der Stimmung ein, die bis zum Schluß anhält, jedoch man in behaupteter Haltung bleibt. Der Markt der festverzinslichen war weiterhin fest. Reichsbank-Gold und Festwertbank-Obligations wurden zu 6,75 Millionen gehandelt, Reichsbank-Gold und Dollarkurschätze wieder ohne Material gestiegen. Bankaktien: Hypothekbank 3 (4), Vereinsbank 5 (6), Notenbank 180 (140). — Brauereierweiterung Ehinger 5 Geld, Reichenmeyer-Tinoli 12 G. (10), Pfauen 6 G., Ravensburg 5 (3), Wulle 11 (10), Junge 9,7, Hohenjollern 15. — Metallaktien: Feinmechanik 55 (60), Hobner 85 (80), Jungbans 15 (12), Württ. Metallwaren 65 (55), Andreas Koch 40. — Maschinenaktien: Daimler 5,3 (7,35), Magirus 7,5 (8,5), Hesser 9 (8,5), Laupheimer 50 (65) G., Weingarten 30, Ehlinger 14 (13), Reichard 10,5 (9). — Spinnereierweiterung: Erlangen 15 (13), Kolb-Schule 28 (25), Unterhausen 50 G., Kotteln 55 G. (50), Kaffan 50 G., Filz 40 G. (Genüsse 12 Milliarden), Pfeffer 45, Südd. Ruchen 30 (35), Baumwollspinnerei Ehlinger 30 (40), Leinenindustrie 80 G. (40). — Uebrig Aktien: Anlin 43 (45), Köln-Rottweil 20 (21), Komtag 3 (4), Knopfabrik Schorndorf 6 (7,5), Kaiser Otto 19 (20), Otto Krumm 7 (7,5), Bremen-Weißheimer Del 40 (50), Cementwerk Heidelberg 25 (24), Knorr 18 (12), Reichardwerke Ehlinger 5,5 (4,5), Stuttg. Bäckermühle 25 (19), Stuttgarter Vereinsbuchdruckerei 1,95 (1,9), Verein Deutscher Del 28 (25), Union Verlag 15, Deutscher Verlag 20, Chr. Beyer 2,5, Salzwerk Heilbronn 130, Sekt Wagenheim 25, Woldecken Weißerhald 25, Konferven Leibbrand 4,5, Junge 3,8 (3,8), Stuttg. Glasgeschäft 50, Siegelwerke Ludwigsburg 16,5 (16), Stuttg. Zucker 15,5 (17), Württ. Transport 8 Milliarden (6), Württ. Vereinsbank.

Stuttgarter Landesproduktbörse, Preise in Millionen (in Kammern Goldmark) für 100 Kg.: Weizen 29-33 (24,5-25,5), Sommergerste 27-28 (21-22), Roggen 28-29 (22,5 bis 23,5), Hafer 21,5-22,5 (17-18), Weizenmehl Nr. 0 58-60 (46-48), Brotmehl 53-55 (42-44), Kleie 10-11 (8-9), Weizen 8-9 (7-8), Kleebau 11-12,5 (9-10), Stroh (draßgepr.) 9 bis 10 (7-8).

Mannheimer Produktbörse, 26. Nov. Mangel an wertbeständigen Zahlungsmitteln beeinträchtigte den Geschäftverkehr. Nur in Weizen behandelte die Mühlen einige Kauflust. Auch in Gerste zeigte sich Aufnahmehaltung. Roggen und Hafer lagen still. Verlangt wurden für die 100 Kilo in Goldmark: Weizen 24,8 bis 25,25, Roggen 22,5, Gerste 20 bis 21, ab Stat. 19. Hafer ab dapr. Stat. 18, Weizenmehl Spezial 0 36 bis 37,1 für ungarischen Roggen wurden 23,5 G.M. ab süddeutscher Grenzstation verlangt.

Berliner Getreidepreise am 26. Nov. in Goldmark für 100 Kg. Weizen (mähr.) 18,80-19,10, Roggen 17,30-18, Sommergerste 17,70-18, Hafer 16-18,20, Weizenmehl 32-34, Roggenmehl 30 bis 32, Kleie 7,50-7,80, Raps 32-33, Rapskuchen 13-13,50.

Wärkte

Mannheimer Schlachtviehmarkt, 26. Nov. Zum heutigen Viehmarkt betrug der Auftrieb und wurde für 50 Kilo Lebendgewicht in Goldmark bezahlt: 176 Ochsen 40 bis 70, 81 Bullen 52 bis 68, 450 Kühe und Rinder 30 bis 72, 222 Kälber 50 bis 74, 56 Schafe 35 bis 50, 297 Schweine, ohne Kollerung, lehtere ausverkauft.

Schweinemarkt Wetzlar, 26. Nov. Der Schweinemarkt war besetzt mit 132 Milchschweinen und 15 Läufern. Verkauf wurden 110 Milchschweine, des Paar zu 10 bis 14 Mill. Mark, 8 Läufer, des Paar zu 16 bis 19 Mill. Zum Teil wurde auch in Goldmark gehandelt. Danach stellt sich der Preis für 1 Paar Milchschweine auf 20 bis 30, für 1 Paar Läufer auf 80 bis 100 Goldmark. Der Handel war flau.

Pfaffingen, 26. Nov. Der Viehmarkt war besetzt mit 8 Ochsen, 21 Kühen und Kalbinnen, 15 Stück Jungvieh, 5 Jiegen und 40 Schweinen. Bei flauem Handel wurden bezahlt für Kühe und Kalbinnen 690-800 Goldmark, Jungvieh 250-400 Goldmark, Schweine 15-22 Goldmark. Ochsen wurden nicht verkauft.

Munderkingen, 26. Nov. Dem Jahrmarkt waren zugeführt: 13 Pferde, 86 Fohlen, 67 Ochsen, 44 Kühe, 58 Kalb., 53 Rinder, 6 Mutterchweine, 2 Läuferchweine und 612 Milchschweine. Verkauf wurden 2 Pferde, 4 Fohlen, 8 Ochsen, 1 Kuh, 8 Kalb., 8 Rinder, 2 Mutterchweine, 2 Läuferchweine und 305 Milchschweine. Erlöse wurden für Pferde 150-320, Fohlen 140 bis 710, Ochsen 220-650, Kühe 200, Kalb. 410-800, Rinder 100-220, Mutterchweine 90-100, Läuferchweine 22-36, Milchschweine 10-20 Goldmark für je 1 Stück.

Saulgau, 26. Nov. Dem Schweinemarkt waren 137 Stück Sauferkel zugeführt. Preis pro Paar 20-40 Goldmark.

Reutlingen, 26. Nov. Der Schranne waren zugeführt: 52,18 Jtr. Weizen, 110,85 Jtr. Gerste, 300,35 Jtr. Hafer, 13,10 Jtr. Alber Dinkel. Preise per Jtr. in Goldmark: Weizen 15-20, Gerste 14-17, Hafer 10-14, Alber Dinkel 16-17,4.

Leftnang, 26. Nov. Hopfen. Bei anhaltender Kaufkraft werden Preise von 250-300 Goldmark bezahlt.

Devisenkurse

(In Millionen)

	24. November	26. November
Berlin	Geld	Brief
Holland	1596000	1604000
Belgien	196510	196490
Norwegen	618450	621550
Dänemark	728175	731825
Schweden	1105230	1110770
Italien	193541	194400
London	1835400	1844000
New York	4189500	4210500
Paris	227430	228570
Schweiz	730170	733830
Spanien	546631	549370
D. Lestert	58,532	59,1
Drac	121695	122306
Ungarn	219,45	220,55
Argentin	1296750	1303250
Tokio	1995000	2005000

Reichsgoldanleihe 4200 ohne Angebot.

Dollar-Schaffanweisungen —

Merksätze

1 Goldmark Briefkurs Berlin 10:2 500 000 000

Mittelkurs 1 000 000 000 000

Sprechsaal.

Die unter dieser Rubrik stehenden Einleitungen übernimmt die Redaktion nur die prägeschliche Verantwortung.

Wertbeständige Zahlung im Geschäftsverkehr. Die Bekanntmachung betr. „Papiermark als Zahlungsmittel“ hat in keiner Weise eine rechtliche Grundlage, zumal schon in vergangener Woche die meisten Industrien in Pforzheim und andern Orts ihre Arbeiter und Angestellten ganz oder teilweise, mindestens zu 60 Prozent in

wertbeständigem Geld ausbezahlen. — Der kleine Geschäftsmann, von dem der Großist, Fabrikant und Landwirt restlos wertbeständiges Geld verlangt, — warum, weil diese Volkschichten heute nichts mehr nach Gesetzen und Verordnungen fragen! — Soll also der Leidtragende in unserer heutigen Papiermarkwirtschaft sein und dabei zu Grunde gehen. Er verkauft sich arm, weil er für seine Papiermark andern Tags nichts mehr bekommt. — Wie ist es aber, wenn der kleine Geschäftsmann, welcher dem schaffenden Volke Lebensmittel und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs herbeischafft, nichts mehr bekommt um seine Papiermark und das laufende Publikum vor einem leeren Laden steht? — Dann leidet das arbeitende Volk mit. Dadurch wird den sogen. „Großen“ zu ihrem lang erstrebten Ziele verholfen: Vernichtung des Mittelstandes! Von der Stunde an kann der „Große“ fordern, was er will und in welcher Währung er will und soviel er will. Wer ist dann wieder der Leidtragende? — Das arbeitende Volk, das die „Großen“ zur Erreichung ihres Zieles benutzte und zwar mit Verordnungen, welche von ihnen diktiert sind und scheinbar dem arbeitenden Volke Rechte geben, die aber hinten gemäß dem Sprüchwort: „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen!“ Man täusche sich also nicht: die Verordnung ist ein zweischneidiges Schwert, welchem die Schärfe auf einer Seite fehlt! — Gesetze und Verordnungen haben also nur dann einen Wert, wenn sie, durchgreifend mit aller Schärfe, restlos gegen diejenigen Volksklassen angewendet werden, die sie tatsächlich angehen. Gesetze sind gleich erlassen, ob sie aber jedem Rechnung tragen, das wäre vorher sorgfältig zu prüfen! Es ist allerdings nicht schwer, den kleinen Geschäftsmann durch das laufende Publikum zu kontrollieren und zur Anzeige zu bringen; es werden dann einige bestraft und sogenannte Exempel statuiert, um dem Volk ein Opfer (Sündenbock) zu geben. — Wer aber kontrolliert denn die „Großen“ und wer hängt sie? Diese Verordnung ist doch nur dann gerecht, wenn alle diejenigen, welche mit wertbeständigem Geld entlohnt werden, in der Höhe, wie sie's bekommen, genau so viel dem Kaufmann, bei dem sie ihren Bedarf decken, in Zahlung geben müssen! Dies müßte durch Gesetz von Woche zu Woche geregelt werden und zwar durch Veröffentlichung so lange, bis alle Papiermark eingezogen oder bis sie als Zahlungsmittel ausgeschieden ist. — Nicht nur in allen Industriestädten, sondern auch in Wildbad stehen schon Schieber aller Konfessionen und lauern auf die Arbeiter und die Dummen, die nicht alle werden, und bieten den Leuten bis 300% mehr für wertbeständiges Geld! So wird also dem Schieber das sogenannte wertbeständige Geld in die Tasche „verordnet“ und dem Inhaber von wertbeständigem Geld hiezu der Weg gezeigt. Der kleine Geschäftsmann soll also der Dumme sein dabei und die ershöbenen Papiermark restlos für seine Ware, die er wertbeständig zahlen mußte, in Zahlung annehmen müssen, ohne ein Recht auf wertbeständiges Geld zu haben! Er ist also nur auf die anständig und gerecht Denkenden angewiesen; die Anderen aber haben das Recht, ihn zu zwingen! — Auch derjenige, welcher sagt, der kleine Geschäftsmann habe schon lange genug gewuchert, belügt sich selbst, denn nur die kleinen Geschäftsleute waren es, die sich mit der täglich sich mehr entwertenden Papiermark kaum über Wasser halten konnten; sie konnten keine Devisen hamstern und waren somit die Einzigen, die alles für das Allgemeinwohl opferten und dabei Tag und Nacht arbeiteten! — Jedoch auch hier gilt das Sprüchwort: „Keine Regel ohne Ausnahme!“

Rentenmark.

Wir errichten von heute ab

Rentenmark-Konten

für den Spar- und Giroverkehr.

Bareinzahlungen u. Ueberweisungen auf diese Konten sind zunächst in wertbeständigen Zahlungsmitteln (Rentenmark, Goldanleihe, Industriegoldmark usw.) möglich.

An Jahreszinsen werden vergütet:
im Sparverkehr 5 Prozent,
im Giroverkehr 5 Prozent.

Wildbad, den 27. Novbr. 1923.

Oberamtssparkasse Neuenbürg
— Zweigstelle Wildbad. —

Stenographie.

Anfängerkurs in Gabelsberger Stenographie. Meldung der Teilnehme: Mittwoch abend 6.30 in der Wilhelmshule 1. Stoc.

Mütterberatungsstunde

findet am Mittwoch den 28. November von 2-3 Uhr in der Wilhelmshule statt.

Schw. D. Ober.
Bezirksfürsorgerin.

Kleinere noch fast neuen
Herb
mit Rohr, hat abzugeben.
Wer, sagt die Tagblatt-
geschäftsstelle.

Ev. Kirchenchor.
Heute abend 8 Uhr
Singstunde
für Herren und Damen.